

1. März 2023

Postulat

von Samuel Balsiger (SVP)
und Stephan Iten (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Schweizer Nachrichtendienst die Finanzierung von 500 Stellenprozenten bei der Zürcher Stadtpolizei wieder aufnehmen kann. Damit sollen Fehleinschätzungen zum enormen Gewaltpotenzial der militanten Linksextremisten wie nach der Räumung des Koch-Areals verhindert werden.

Begründung:

Bis vor wenigen Jahren finanzierte der Schweizer Nachrichtendienst 500 Stellenprozente bei der Zürcher Stadtpolizei. Die Extremismus-Spezialisten meldeten «sicherheitsrelevante Ereignisse» wie Anschläge und gewalttätige Demos nach Bern und übernahmen Staatsschutzaufgaben. Der Blick schreibt diesbezüglich am 26. Februar 2023:

«Heute übernimmt die Kantonspolizei diese nachrichtendienstlichen Abklärungen – und die Stadtpolizei ist bei ihrer Lagebeurteilung darauf angewiesen, dass die kantonalen Kollegen sie informieren. Diese Zusammenarbeit jedoch funktioniert offenbar nicht immer reibungslos, wie eine andere Quelle bestätigt. Es sei von persönlichen Kontakten abhängig, wie gut der Austausch funktioniere, sagt auch der langjährige Szenekenner.

Schon im Februar 2022 war es der Polizei nicht gelungen, Krawalle zu verhindern. Damals hatte ein linkes Bündnis zu einer unbewilligten Demo aufgerufen. Sie stand unter dem Motto «Züri nazifrei» und hatte mehrere Tausend Teilnehmer. Ein kleiner, militanter Kern randalierte an mehreren Orten, griff Einsatzfahrzeuge an, verwüstete ein Restaurant, durchbrach eine Polizeisperre.»

Wie brandgefährlich der militante Linksextremismus ist, zeigt auch dieses Video:



QR-Code mit der Kamera
des Mobiltelefons einlesen
und den Videolink öffnen.

Die SVP fordert mit dem Postulat GR 2023/44, dass der Stadtrat eine Strategie gegen den nachweislich gut vernetzten und äusserst aktiven Linksextremismus entwickelt.

Samuel Balsiger

Stu